

Die Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim verurteilt die heute durch Planfeststellungsbeschluss erteilte Genehmigung für den Bau der Landebahn Nordwest am Flughafen Frankfurt als Anschlag auf die Lebensfähigkeit der Region und die Gesundheit der hier lebenden Menschen. Anstelle die ökonomische und ökologische Vielfalt der Region zu fördern, setzt die Landesregierung auf das weitere unkontrollierte Wachstum des extrem klimaschädigenden Flugverkehrs und des Dinosauriers Fraport, der anstelle der Förderung intelligenter Verkehrskonzepte auf die Zentralisierung des Flugverkehrs im Zentrum einer dichtbesiedelten Region setzt und unbegrenztes Wachstum ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt anstrebt.

Mit dem Bau der neuen Bahn würden nicht nur der Kelsterbacher Wald und das Naturschutzgebiet Mönchwaldsee zerstört, es würden die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, die Zahl der Flugbewegungen gegenüber heute zu verdoppeln und damit die Region mit einem Lärmteppich und einem Schadstoffregen zu überziehen, die die Lebensqualität für Mensch und Tier drastisch reduzieren würden.

Kommunen, Naturschutzverbände, Initiativen und Bürger haben im Planfeststellungsverfahren detailliert nachgewiesen, dass die Planungsunterlagen fehlerhaft sind, die ökonomischen Vorteile („100.000 Arbeitsplätze zusätzlich“) drastisch übertrieben, die gesundheitlichen, ökologischen und ökonomischen Schäden dagegen fahrlässig vernachlässigt wurden. Die Genehmigungsbehörde hat wider besseres Wissen alle Einwände vom Tisch gewischt und ist den Wünschen der Luftverkehrswirtschaft blind gefolgt.

Mit der vorige Woche unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung“ von Landesregierung und Luftverkehrswirtschaft wurde auch der ohnehin dürftige Mediations-Kompromiss, der den Ausbau „verträglicher“ gestalten sollte, aufgekündigt. Der Text der Vereinbarung enthält nichts als unverbindliche Absichtserklärungen und wolkige Ankündigungen, denen jede Glaubwürdigkeit fehlt.

Bereits vor acht Jahren hatte sich Fraport in der Mediation förmlich zur kontinuierlichen Verminderung der Lärmbelastung der Bevölkerung verpflichtet; faktisch ist die Lärmbelastung kontinuierlich gestiegen. Bürgerinitiative und Stadt Raunheim haben immer wieder konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung in Raunheim vorgelegt, die von der Luftverkehrswirtschaft konsequent ignoriert wurden. Nun versuchen Landesregierung und Luftverkehrswirtschaft, mit „ersten Schritten“ zur „Prüfung“ einiger dieser Maßnahmen den Eindruck zu erwecken, zum Handeln bereit zu sein. Sie hätten acht Jahre Zeit gehabt, zu beweisen, dass sie es ernst meinen.

Als Ergebnis der Mediation hatte Ministerpräsident Koch ein „absolutes Nachtflugverbot“ versprochen, wenn auch nur für die sog. „Mediations-Nacht“ von 23:00 bis 5:00 Uhr. Heute spekuliert er nur noch über die Zahl der „unabweisbar notwendigen“ Flüge in dieser Zeit. Gegen die jetzt genannte Zahl von 17 Ausnahmen pro Nacht wird Lufthansa mit dem augenzwinkernden Einverständnis der Unterzeichner der „Gemeinsamen Erklärung“ klagen. Dass Herr Koch sich nicht an Versprechen früherer Landesregierungen („Für diesen Flughafen wird kein Baum mehr fallen.“) gebunden fühlt, hat er immer deutlich gesagt. Seine Versprechen werden nachfolgende Regierungen sowenig einhalten wie er selber.

Wenn es tatsächlich zu Schallschutzmaßnahmen kommt, sollen sie laut „Gemeinsamer Erklärung“ möglichst vom Steuerzahler finanziert werden. In einen Regionalfond sollen das Land Hessen und „vom Ausbau profitierende Beteiligte“ einzahlen, allerdings nicht die Luftverkehrswirtschaft, die sich ja schon „durch die Finanzierung des Ausbaus“ „stark engagiert“. Ein eigenartiger Interessenausgleich: Der Verursacher finanziert das Problem, die Betroffenen die Maßnahmen zur Minderung der Belastungen. Nur im „Rahmen der Gesamtwirtschaftlichkeit“ sollen „Potenziale des aktiven Schallschutzes“ erschlossen werden, um damit „den Fluglärm ...gegenüber dem für 2020 prognostizierten Wert deutlich zu reduzieren“. Der unerträgliche Ist-Zustand soll also nicht etwa verbessert werden, der Lärm soll nur nicht ganz so schnell wachsen wie geplant. Diese (angeblich) geringere Steigerung der Lärmbelastung wird von den politischen Ausbau-Befürwortern trotzdem frech als „drastische Lärminderung“ verkauft.

Die Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim wird im Bündnis der Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau den Widerstand gegen diese Ungeheuerlichkeit mit allen politischen und juristischen Mitteln fortsetzen. Wir rufen alle Raunheimer Bürgerinnen und Bürger auf, den Politikern und Parteien, die diesen Ausbau auch unter Bruch der von ihnen in der Mediation gegebenen Versprechungen unterstützen, eine klare Absage zu erteilen. Von der Stadt Raunheim erwarten wir, dass sie alle juristischen Möglichkeiten zur Verhinderung des Ausbaus und zur Durchsetzung von echten Lärminderungsmaßnahmen ausschöpfen wird. Die Forderungen bleiben: Kein Flughafenausbau – Nachtflugverbot von 22:00 – 6:00 Uhr !

Für die Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim

Dr. Horst Bröhl-Kerner
Bahnhofstr. 47
65479 Raunheim

Tel. 06142 / 22577

Mail: broehl-kerner@t-online.de